

POSEN

POSEN

Morgen-Ausgabe.

Annoncen  
Annahme-Bureaus:  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Gruppi (C. H. Ulrich & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt u. Friedhofstr. Ende 4;  
in Brüx bei Herrn J. Streissand  
in Frankfurt a. M.  
G. J. Panke & Co.

Annoncen  
Annahme-Bureaus:  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen;  
Rudolph Mosse;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel;  
Haeselstein & Vogler;  
in Berlin;  
J. Pettemeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Habath.

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 286.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 45 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 25. April.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr die schrägespalten Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Mai und Juni werden bei allen Postanstalten zum Preise von 1 Thlr. 6 Sgr. 4 Pf., sowie von sämtlichen Distributeuren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 1 Thlr. entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

## Expedition der Posener Zeitung.

### Amtliches.

Berlin, 23. April. Der König hat den Kreisgerichtsrath und Dep. Dirigenten Piccolta in Heiligenbeil zum Direktor des Kreisger. in Heilsberg ernannt und dem präf. Amt. Dr. Meinhardi zu Bewilligung im Amt Emden den Charakter als Sanitätsrath verliehen. Der bish. f. Eisenbahnbaumeister Franz Darow in Kaitowitz D-Schl. ist zum f. Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspektor dafelbst bestellt, der bish. Baumeister Gustav Hahn zu Nordheim als fgl. Eisenbahnbaumeister bei der Westf. Eisenbahn dafelbst angestellt, der Gewerbeschultheiter Dr. Franz Bessell zum ord. Lehrer an der fgl. polyt. Schule zu Hannover unter Beilegung des Titels Professor ernannt, der Gewerbeschultheiter Dr. Oscar Kegler zu Gleiwitz in gleicher Dienst-Eigenschaft an die Gewerbeschule zu Görlitz berufen worden.

### Eine gute Nachrede

sagt die nationalliberale „BAC.“ dem Reichstage, indem die Korrespondenz die Verständigung über das Kirchendienergesetz hervorhebt und in einem anderen Artikel den befriedigenden Verlauf der Session konstatiert. Wir lassen die betreffenden Auslassungen hier folgen.

Die Verhandlungen über das Religionsdienergesetz haben diesmal eine Verständigung erzielt, an welcher alle Parteien Theil nehmen, mit alleiner Ausnahme der Ultramontanen und ihres Anhangs. Von der Fortschrittspartei wird sich vielleicht ein oder das andre Mitglied ausschließen; im Wesentlichen aber ist anzunehmen, daß auch die Fortschrittspartei als solche für das Religionsdienergesetz stimmen wird. Es bezeichnet dieser Entschluß eine entscheidende Wendung in Bezug auf die Kirchenpolitik; denn jetzt ist fast ohne jede Ausnahme für alle Angelegenheiten der Kirchenpolitik die Unterstützung des gesammten Reichstags gewonnen, soweit er nicht eben diese Kirchenpolitik in unmittelbarer Gegnerschaft bekämpft. Man muß annehmen, daß mit dem Gesetz betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern der Höhepunkt derjenigen Maßregeln überschritten ist, welche als Maßregeln der Strafe und gesetzlichen Verfolgung zu betrachten sind. Es schließt damit von Seiten der Staatsgewalt der persönliche, d. h. gegen die Personen gerichtete Theil des Kampfes zwischen Staat und Kirche ab, der immerhin etwas Unbehagliches hat, so sehr es auch durch die Sachlage geboten ist, gegen dieselben Personen, welche den Staatsgesetzen den Gehorram verweigern, mit der Verhängung von Strafen vorzugehen. Es stehen nunmehr andre wichtige Gesetze zu erwarten, welche sich auf die Regelung der kirchlichen Angelegenheiten beziehen, insoweit eine solche durch die Fortsetzung des Kampfes zwischen Staat und Kirche geboten ist; eins derselben liegt bereits dem preußischen Abgeordnetenhaus vor, nämlich dasjenige, welches sich auf die Verwaltung der erledigten Bischofsfälle bezieht. In der nächsten Landtags-Session stehen weitere Gesetze zu erwarten, welche sich auf die Verwaltung des Vermögens und der Gemeindeangelegenheiten der Kirchengemeinden überhaupt beziehen; in diese Gesetzgebung, wie tief sie auch in ein Gebiet eingreifen mag, welches die Kirche bisher als ein der Gesetzgebung des Staates entzogenes zu betrachten sich gewöhnt hatte, mischt sich doch kein persönliches Moment mehr ein und sie wird endlich auch die Lichtigkeit des Kampfes hervortreten lassen. Es ist fortan keine Störung dieses Kampfes mehr zu befürchten; sondern sein Gang ist ein völlig gesicherter. Darum ist es ganz besonders erfreulich, daß bei dem schwierigsten Punkte des Kampfes, der in dem gegenwärtig dem Reichstage vorliegenden Religionsdienergesetze zum Ausdruck gelangt, die Parteien im Reichstage sich klar und scharf trennen in solche, welche die Kirchenpolitik der Regierung in ihren Zwecken und Mitteln unterstützen, und solche, welche dieselben nicht wohl wegen der Mittel, zu denen sie zu greifen genötigt ist, sondern wegen des Zweckes, den sie verfolgt, bekämpfen.

Der Reichstag schließt nach Ergebnissen, welche hinter denen keiner früheren Session zurücksehen. Am Anfang und in dem ersten Theile der Session hatten unter den Abgeordneten und in weiteren Kreisen die ernstesten Besorgnisse geherrscht. Die mindeste Besürfung ging dahin, daß die großen Aufgaben der Session ungehört bleiben würden; ja man gefiel sich vielfach in der schweren Besorgniß, daß der Gang der Verhandlungen eine gänzliche Verwirrung zur Folge haben würde. Indessen diese Situation war nicht neu, wenn sie auch an intensiver Kraft frühere Vorgänge übertroffen hat.

Schon viele Male hat bei einzelnen Angelegenheiten die Besorgniß einer tiefen Verstimming zwischen der Regierung und dem Reichstage vorgeherrscht; aber immer noch hat eine verständige Ausgleichung stattgefunden. Die früheren Beispiele haben jedoch keine lange Erinnerung zurückgelassen; sondern man ist nach wie vor geneigt, in den oft berichtigten Fehler zu verfallen, daß nämlich schon Verhandlungen über Differenzen zwischen Reichstag und der Regierung wie der Anfang eines Konflikts betrachtet werden. Nach und nach

müssen wir doch lernen, uns in die Natur parlamentarischer Verhandlungen zu schicken und dabei die besondere Lage der deutschen Verhältnisse in Betracht ziehen. Dem Reichstage und der Regierung fehlt bis jetzt noch der organische Zusammenhang, welcher in den ersten Stadien der Vorbereitung oder auch der parlamentarischen Verhandlungen eine Verständigung herbeiführt. Will man nicht ein System einführen, welches allen Vorschlägen der Regierung von vorn herein die unabdingbare Zustimmung des Reichstages sichert, obwohl auf die Wünsche der Mehrheit in den Vorberathungen gar keine Rücksicht genommen worden ist, so muss man sich gefallen lassen, daß nach dem Beginn der parlamentarischen Verhandlungen die auseinandergehenden Ansichten zunächst scharf auf einander stoßen. Dieser Zustand ist nicht erwünscht, aber so lange unvermeidlich, als die ersten Vorberathungen der Gesetze in den Büros sich abspielen und bei der Ausarbeitung derselben lediglich die Wünsche der Regierung in Betracht kommen. Der deutsche Reichstag ist nicht etwa wie jene alten französischen Parlamente bloss zur legalen Einregistrierung der Vorschläge der Regierung berufen, sondern durch Vereinbarung zwischen Regierung und Reichstag soll ein gemeinsamer Wille herausgefunden werden und zu irgend einer Zeit muß diese Verständigung gesucht und gefunden werden. Wir dürfen freilich hoffen, daß im Laufe der Zeit die Neubungen immer mehr und mehr abnehmen werden, aber eine planmäßige Ausgleichung ist nur unter Bedingungen zu erhalten, welche für jetzt noch nicht gegeben sind; bis dahin wird indeß auch diese Session wiederum ein günstiges Beispiel bleibend, daß unter dem aufrichtigen Streben auf beiden Seiten die Hindernisse zuletzt doch überwunden werden und der anscheinend drohende Konflikt in das Gegentheil umschlägt. In allen bedeutenden Angelegenheiten ist diesmal zu leisten doch eine Verständigung herbeigeführt worden, welche die Session als eine der fruchtbarsten bezeichnet und derselben ein bleibendes Andenken in der Geschichte Deutschlands sichern wird.

Der erste Vertreter des deutschen Reiches in Marokko, der dort sehr entgegenkommend aufgenommen ist, der kaiserliche Minister-Resident v. Gülich hat, da der Sultan von Marokko zum Behuf einer Konsolidirung seiner Herrschaft sich an der Spitze seiner Truppen auf einem Zuge durch das Land befindet, sein Glaubigungsschreiben, wie auch ihrer Zeit seine Kollegen von England und Frankreich, dem marokkanischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Erfuchen übergeben, dafselbe an seinen Souverän gelangen zu lassen. In Erwiderung darauf hat Sultan Muley-El-Hassan auf denselben Wege ein Schreiben an Se. Majestät den deutschen Kaiser gerichtet, welches nach dem zu seiner Mitteilung ermächtigten „Reichs-Anzeiger“ folgendermaßen lautet:

An Se. Majestät den Kaiser von Deutschland, König von Preußen, den Mächtigen.

Gelobt sei der einzige Gott und es ist keine Macht noch Kraft gegen Gott, sondern nur in Gott, dem Hohen und dem Allmächtigen. Der Diener Gottes, der seinen Glauben in Gott fest, der alle seine Sorgen in die Hände Gottes legt, der Fürst der Gläubigen, der Sohn des Fürsten der Gläubigen (folgt noch fünf Mal das lezte Prädikat) dessen Kriegscheeren Gott beistehten, dessen Standarte und welche sie umgeben Gott beschützen wollet, — an den Geliebten, den Mächtigen, den Vortrefflichen, den Erhabenen, den hoch über alle, die ihm sonst gleich sind, Hervorragenden, den in dem Kreise aller Einsichtigen an Einsicht allen Überlegenen, den, welcher einen gewaltigen Willen hat inmitten seines Rathes. Seine Majestät Wilhelm, Kaiser von Deutschland und Königin von Preußen.

Euer Majestät Schreiben ist mit Gottes Hilfe an unserem Hohen Hofe angelangt. Darin macht Ihr uns Mittheilung über das, was Ihr über die zwischen unseren beiden Reichen bestehende vollständige Freundschaft gedacht habt, zeigt uns Eure wohlwollenden und hochherigen Gesinnungen und lasst uns wissen, wie Ihr mit Eurem großen Talent und Eurer großen weiten Einsicht darauf bedacht seid, die vorhandene zwischen uns bestehende Freundschaft noch zu verstetigen, wobei Ihr mit voller Sicherheit auf mein, es durch Gott hohen Sultan, volles Mitwollen rechnen könnt. Aus diesem Grunde habt Ihr den distinguierten Herrn v. Gülich als Euren Minister in diese Zone Maroccos entsendet und habt ihn zu Eurem Minister in meinem Hohen Reiche ernannt. Und Ihr unterrichtet uns von seiner guten Einsicht und seinem guten Willen, und Ihr wollt ihn bei uns aufzunehmen und akkreditirt haben, damit wir ihm Glauben gewähren in Allem, was er in Eurem Namen uns sagt und im Interesse Eures Reiches.

Wir haben schon Befehl gegeben, daß Euer Minister, wie es sich gebührt und wie es verdient ist, empfangen werde. Und wir wollen, daß er in unserem Reiche sehr geschätzt sei, mehr wie man denken kann, und es soll die Bedeutung seiner Stellung und seiner Person als Eures Agenten allgemein anerkannt werden. Und er soll auf Grund meiner Empfehlung in seinen amtlichen Veröffentlichungen sehr ausgezeichnet werden als ein Mann von Einsicht und dieses, sowie daß er edelmäßig ist, soll in meinem ganzen Reiche offenbar werden.

Was ich will und was ich wünsche und was mir eine besondere Freude ist das, daß ich mich in Freundschaft mit den mächtigen Kaisern zu verbinden und die Thore zum Guten zu öffnen wünsche zwischen mir und denen, welche Macht und Talent ha. Und ich werde immer der Reihe bleiben und wir werden immer vereint sein. Denn Euer Hof ist der mächtige Hof, Eures Hofes Macht ragt über die anderen Höfe empor und belauert ist die Zukunft und Vergangenheit Eures Hofes.

### Das Interdikt.

Die Gebräuche des Mittelalters sollen sich erneuern, wenn es sich bestätigt, wie auswärtige Blätter melben, daß der Papst die Erdösen-Gnesen-Posen mit dem Interdikt zu belegen gedenkt. Diese Kirchenstrafe ist die schärteste, über welche der „Statthalter Christi auf Erden“ gebietet. Denn die Wirkung des Interdicts besteht in dem Verbote der Verwaltung des Sakramente, der Feier des Gottesdienstes und des kirchlichen Begräbnisses überhaupt; nach und nach sind allerding verschiedene Milderungen eingeführt worden, nach denen es erlaubt

war die Kinder zu tauzen und den Sterbenden die letzte Oelung zu spenden.

Der Gebrauch des Interdicts steht der Kirche nach ihren Grundsätzen noch jetzt zu, doch hat derselbe in größerem Umfange seit dem 17. Jahrhundert aufgehört. Im Jahre 1606 ist das Interdikt noch von Paul V. über die Republik Venetia verhängt worden. Die Päpste selbst erkannten schließlich, daß sie mit allzugroßer Strenge nichts mehr ausrichteten. Das Volk zwang oft die Priester, ihres Amtes zu walten. Zuletzt leisteten die Päpste selbst auf eine Waffe Bericht, die wenig Erfolg versprach und die gläubige Heerde für die Misselhatten des papsfeindlichen Staates züchtigte.

Pio IX. ist es nun vorbehalten, im 19. Jahrhundert aus dem Arsenal der längst antiquirten Kirchenstrafen dieses schwerste Geschütz hervorzuziehen. Wundern würde uns dies nicht. Der gegenwärtige Papst hat die Ansprüche des Mittelalters, des Papstes Innocenz III. erneuert, seine eigene Unschärbarkeit zur Grundlage des kirchlichen Regierungssystems gemacht. Er betrachtet sich für den obersten Souverän, dem alle weltliche Macht unterthan und gehorsam sein soll. Warum sollte er nicht auch in Bezug auf das Interdikt das Mittelalter zu erneuern streben? Vom Standpunkte der Vernunft ließe sich der durch dasselbe geschaffene Zustand allerdings mit großer Seelenruhe ertragen. Die Naturgesetze werden dadurch ihren Gang nicht ändern. Unbekümmert um die päpstlichen Bannflüche wird die Sonne ihre Strahlen niedersenden, aus den Wolken wird sich der Regen ergieben. Die Früchte des Feldes werden nicht ausbleiben. Geburt und Tod werden nach wie vor die großen Grenzpunkte bilden, innerhalb deren sich der Kreislauf des Lebens vollzieht. Die Zivilstandsregister werden dafür sorgen, daß Niemand ohne amtliche Kontrolle dieses irdische Hammerhal durchschreitet. Allein wir müssen die Masse unseres Volkes berücksichtigen, welche nicht fähig ist, selbständig zu urtheilen, sondern sich von der Geistlichkeit nach Belieben beeinflussen und glänzen läßt. Demselben würde die Unterbrechung des Gottesdienstes, die Suspension aller kirchlichen Handlungen schrecklicher sein, als jede irdische Strafe.

Das Interdikt erscheint demnach als der letzte Trumpf, den die Hierarchie ausspielt, um die Masse des katholischen Volkes gegen die Regierung zu revolutioniren. Der Staat müßte ein solches Attentat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln abwehren und die Rückstosslosigkeit des Papstes müßte in der des Staates ein Gegengewicht finden.

Eine schneidige Waffe steht dem Staat zu Gebote, wenn die Priester auf Grund des Interdicts feiern wollen. Bis zum 1. Oktober, von welchem Zeitpunkte an das Gesetz über die Zivilehe in Kraft tritt, sind die Geistlichen noch in gewisser Hinsicht Staatsbeamte und haben demnach die Pflicht, die Standesregister zu führen. Sollten sie dies in Folge des päpstlichen Verbots zu thun sich weigern, so steht dem Staat zweifellos das Recht zu, den widerspenstigen Geistlichen den Prozeß zu machen und sie von ihren Ämtern zu entheben. Eine soche Maßregel würde das Interdikt mit einem Schlag illusorisch machen. Die Geistlichkeit vermeidet es jetzt bereit's geflissentlich mit den Maigesetzen in Konflikt zu gerathen, welcher doch nur geringe Geldbußen oder Gefängnisstrafen nach sich zieht. Durch Auflehnung gegen die als berechtigt anerkannten Gesetze des Staates das Einkommen oft fetter Pfründen zu verscherzen, davor werden sich die meist sehr materiell gesinnten geistlichen Herren wohlweislich hüten.

### Deutschland.

△ Berlin, 23. April. Bereits seit dem September 1871 schwanken auf Anregung der österreichischen Regierung Verhandlungen, welche den Abschluß eines Vertrages zwischen dem deutschen Reich und Österreich-Ungarn wegen Regelung der gegenseitigen Rechts-Hilfe in zivilrechtlichen Angelegenheiten zum Gegenstand haben. Die vertragsmäßige Regelung dieser Materie wurde namentlich von der bairischen Regierung als ein dringendes Bedürfnis bezeichnet, weil die seit Erlaß der bairischen Zivilprozeßordnung im Verkehr mit Österreich hinsichtlich der Gewährung gegenseitiger Rechts-Hilfe entstandenen Schwierigkeiten baldigst abhülfe erheischen. Es schien deshalb unthunlich, das Eingehen auf den österreichischen Vorschlag bis zum Inkrafttreten der bürgerlichen Prozeßordnung für das deutsche Reich aufzuschieben. Das Ergebnis der stattgehabten Verhandlungen besteht in einem aus gemeinschaftlichen Verabredungen des österreichischen und des ungarischen Justizministeriums hervorgegangenen hier übergebenen Vertragsentwurf. Dieser Entwurf ist von hier aus zunächst den bei der Regelung der Sache vorzugsweise beteiligten Regierungen von Preußen, Bayern und Königreich Sachsen mit dem Erfuchen um Prüfung und Auseinandersetzung mitgetheilt worden. Nachdem diese geantwortet haben, ist nunmehr der Entwurf dem Bundesrat zur weiteren Beschlussnahme vorgelegt worden. — Die Nachricht eines hierigen Blattes, daß es in der Absicht des Kaisers liege, den Schluss der Reichstagsession in Person zu vollziehen, wird mir bestätigt. Man wird daraus wohl nicht nur auf die völlige Genesung des Monarchen schließen dürfen, sondern auch auf die Befriedigung derselben über die Ergebnisse der Session, auch in Bezug auf den Ausgleich in der Militärfrage. Zugleich ist diese Nachricht ein schlagendes Dementi gegen die von der „Kreuzzeitung“ in mehreren Artikeln breitgetretene Auffassung, als ob durch die jüngsten Verhandlungen und Beschlüsse des Reichstags eine Schädigung der monarchischen Prinzipien in Bezug auf die Militärfrage stattgefunden habe. — In Bezug auf das Preßgesetz scheint trotz aller Schwierigkeit doch eine Verständigung erzielt

u werden. Gestern hat eine Berathung der freien Kommission in Anwesenheit von Kommissarien des Bundesraths stattgefunden, und es ist ein bestimmter Entwurf redigirt worden, der nach den vorläufigen Aenderungen wohl geeignet sein wird, als Grundlage eines Kompromisses zu dienen. — Bei den meisten Eisenbahn-Verwaltungen war es früher Praxis, daß die Reeturbillette vor der Rückfahrt abgestempelt werden müssten. Um die damit verbundenen und überflüssigen Umständlichkeiten zu beseitigen, hat jetzt der Handelsminister in einer Verfügung an die Direktionen der Staats- und unter Staatsleitung stehenden Eisenbahnen diese Einrichtung aufgehoben mit dem Bemerkern, daß die auf mehreren Bahnen bereits erfolgte Aufhebung zu keinen Unzuträglichkeiten geführt habe.

**Z Berlin.** 23. April. Bleischwer lagert Er müdigung auf dem Reichstage. Am Sonntag (?) soll derselbe geschlossen werden. Daz auf diese Weise die Novelle zum Gewerbegebet nicht mehr zur Verhandlung kommt, wird Niemand bedauern. Die Frage der Organisation der Gewerbeberichte, der Ergänzung der Koalitionsgefeze und der Bestrafung des Kontraktbruches ist legislatorisch noch zu wenig reif, um Aenderungen der erst 1869 erlassenen Gewerbeordnung zu rechtsetzen. — Daz hingegen der Verwaltungsbericht über Elsaß-Lothringen auch nicht mehr zur Erörterung gelangt, ist mindestens gesagt, nicht schön. Den Elsaß-Lothringern wird hierdurch die einzige Gelegenheit genommen, sich sachlich und im Zusammenhange über die einzelnen Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung auszusprechen, namentlich soweit es sich dabei um unpolitische Dinge handelt. — In Bezug auf das Preßgesetz ist das Kompromiß zwischen der Regierung und den Nationalliberalen nun auch fertig. Die heute Abend zur Vertheilung gelangenden Anträge Marquardsen werden die Bedingungen im Einzelnen mithören. Der Preis, um welchen die preußische Presse von dem Zeitungsstempel und den Kautio nen befreit werden wird, (vom 1. Juli ab) ist für die deutsche Presse ein schwerer. Die Hauptpunkte, in welchen der Reichstag von den in zweiter Lesung gefassten Beschlüssen zurückweicht, sind folgende: 1) In zweiter Lesung war die vorläufige polizeiliche Beschlagnahme nur gegen unzüchtige Darstellungen für zulässig erklärt worden, (abgesehen von formellen Verstößen gegen das Pressegesetz selbst.) Nunmehr soll ohne richterliche Anordnung eine Beschlagnahme von Druckschriften auch stattfinden bei Vergehen gegen die §§ 85 (Aufforderung zum Hochverrath), 95 (Majestätsbeleidigung), 411 (Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung), 130 (Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthäufigkeiten gegen einander in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise) des Straf-Gesetzbuchs. Auf Grund der §§ 111 und 130 soll ohne richterliche Anordnung eine polizeiliche Beschlagnahme nur stattfinden dürfen, wenn dringende Gefahr besteht, daß durch die Vergrößerung der strafbaren Aufforderung beziehungsweise Anreizung unmittelbar Folge geleistet wird. — Die Ausdehnung des Beschlagnahmerechts insbesondere auf die beiden letzten Paragraphen gibt der Polizei einen weiten Spielraum. Man vergegenwärtige sich nur, zu welchem fast unbeschränkten Recht, Versammlungen aufzulösen, sich in der preußischen Praxis die Befugniß ausgebildet hat, aufzulösen, „im Falle Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten.“ 2) Die Bestimmung, welche den Zeugnisswang aufhob, kommt wieder in Wegfall. 3) In Bezug auf öffentliche Plakate verbleibt es bei der Bundesgesetzgebung, in Preußen also bei dem nur in gewissen Ausnahmefällen erlaubigen Erforderniß polizeilicher Genehmigung. 4) Der Redakteur wird verantwortlich, wenn nicht besondere (statt: die vorliegenden) Umstände die Annahme seiner Thätigkeit ausschließen. In dem Staffelparagraphen über die Verantwortlichkeit fällt der Befreiungsgrund („wenn nicht nach den vorliegenden Umständen die An-

nahme einer Vernachlässigung pflichtmäßiger Sorgfalt ausgeschlossen wird“) fort. — Einige untergeordneten Aenderungen betreffen das Lebensalter der Strafenverkäufer (es bleibt bei den Bestimmungen der Gewerbeordnung) und die Pflicht, Verjährungen abzudrucken. — Die Fortschrittspartei beschloß heute, morgen den beantragten Hauptänderungen ad 1, 2 und 4 nicht zuzustimmen, wenigstens nicht in dem vorgeschlagenen Umfange. Von praktischer Bedeutung wird dieser Disensus freilich kaum noch sein. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die Nationalliberalen nur im Interesse der Aufhebung des Zeitungsstempels so weitgehende Konzessionen in Betreff der Beschlagnahme gemacht haben. Hervorragende Nationalliberale machen kein Hehl daraus, daß ihnen die Erfahrungen der letzten Wochen die Dringlichkeit dieser Aufhebung besonders nahegelegt haben. Einmal wird das Bedürfnis, neue Parteiblätter zu gründen, gerade auf dieser Seite um so lebhafter empfunden, als man in einem großen Theil der sich nationalliberal nennenden Presse Spuren des Republikanischen in einem bislang kaum geahnten Umfange entdeckt hat. Sodann bringt man die servile Haltung einzelner sonst unabhängiger Blätter nationalliberaler Farbe mit dem Bestreben in Verbbindung, durch Nachgiebigkeit in der Militärfrage ein besseres Pressegesetz zu erkaufen.

— Graf Noon, welcher den Winter in Palermo zugebracht hat, ist auf der Rückreise schon in Rom eingetroffen, wo er am Sonntag vom König empfangen wurde. — Im August und September d. J. wird ein Königsmarsch von den 9. und 10. Armeekorps stattfinden. Es ist dies das erste dieser Art, das diese beiden Corps haben, und es war ein solches schon vor dem Kriege beabsichtigt, durch denselben aber vereitelt worden. Das Manöver selbst soll zwischen Göttingen, Northeim und Einbeck stattfinden und wird die Anwesenheit vieler fremder Offiziere erwarten. Diese pflegen bei solchen militärischen Übungen nicht auszu bleiben, wovon auch das zuletzt 1869 in der Provinz Preußen stattgefunden große Königsmanöver Zeugnis abgibt.

— Privatbriefe aus London melden, daß die Deputation, welche im Namen des englischen Volkes dem Kaiser Dank aussprechen will für die Theilnahme, die er den protestantischen Sympathieen in St. James Hall und Exeter Hall hinkundet hat, definitiv während der Pfingsttage nach Berlin sich zu begeben gedenkt. Die Deputation wollte bekanntlich anfangs bereits nach dem Osterfest von London abreisen. Ihre Absicht wurde jedoch wegen der Krankheit des Fürsten Bismarck und der bevorstehenden wichtigen Sitzungen des englischen Parlaments aufgegeben. Außer dem Präsidenten der Meetings Sir John Murray wird die Deputation aus Oberst Macdonald, Dr. Badenoch und einigen anderen Gentlemen bestehen, denen sich voraussichtlich noch der Herzog von Manchester und Sir Robert Peel anschließen werden.

— Authentischen Nachrichten zufolge werden bei Berathung des Strafprozeß-Entwurfs für das deutsche Reich die Schwurgerichte beibehalten werden, für die untersten Gerichte sind jedoch Schöffengerichte in Aussicht genommen. Es sollen nämlich die bisherigen Landgerichte, für welche in Zukunft die Benennung „Amtsgericht“ vorgesehen ist — um den einmal angestrebten Grundsatz, die Berufung in der Thafrage auszuschließen, durchzuführen — mit je zwei Schöffen besetzt werden, um hierdurch eine höhere Gewähr für die Schöpfung der Thafrage zu gewinnen.

— Die „Spen. Btg.“ bemerkte kürzlich, daß der Abg. Sonnemann, welcher bei Beginn der Reichstagssession die Eisenbahnfreikarte dem Reichskanzleramt mit dem bekannten Proteste zurückgesandt hat, die Karte später im Stillen wieder erbeten und in Empfang genommen habe, ohne es für nöthig zu erachten, diese Thaftache mit derselben Ostentation zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, wie z. B. die Zurückweisung und ohne nachzuweisen, wie nunmehr die in

jenem Proteste behauptete Verfassungsverletzung, welche die freie Fahrt der Abgeordneten involviere soll, gehoben sei. Die „Bf. B.“ behauptet, daß Organ des Herrn Sonnemann, die „Spen. Btg.“ behauptete Thatache zu und dabei folgende Errichtung ab:

Der Beschuß des Reichstages involviert eine Deklaration der Verfassung, die jeder Abgeordnete, mag er sie auch befämpft haben, anzuerkennen hat, wie er sich auch den Gesetzen fügen muß, gegen die er gesprochen und gestimmt hat. Sich aus solcher Deklaration gewisse Rechte oder Privilegien hervor, so ist es kaum statthaft, daß der Einzelne auf dieselben verzichte. So enthält mit Recht z. B. die preußische Verfassung in Bezug auf Diäten und Reisetosten der Abgeordneten eine ausdrückliche Bestimmung in diesem Sinne. Der Abg. Sonnemann hat also mit der Zurückweisung der Karte, als es sich die legiferende handelte und er entschlossen war, gegen diese Deklaration bis Art. 32 zu opponieren, ebenso korrekt gehandelt, wie mit deren Zurückweisung post legem latam.

Doch etwas sehr geschaubt! Wenn man in dem Beschuß der Reichstags eine Verfassungsdekklaration erkennt, dann braucht man über den Antrag auf eine derartige Verfassungsdekklaration nicht solchen Lärm zu erheben, wie Herr Sonnemann gethan, und hat man den Lärm erhoben, um sich als Cato zu zeigen, so muß man es dann auch eben so laut erklären, wenn man aufhört, Cato zu sein.

**Gumbinnen.** 22. April. Die „Pr. L. B.“ schreibt: Am 30. März d. J. hatte sich der Wirth Skrodki aus Sczeczin, versehen mit dem vorgeschriebenen Grenz-Legitimationsschein, nach dem benachbarten Polen begeben, um Holz zu kaufen. Zur Nacht in Balakowicze eingetroffen, fand er sämtliche Gasthäuser daselbst bereits geschlossen. Er wollte hierauf nach dem polnischen Dorfe Novawiecz zu dem ihm bekannten Schulzen gehen und bei diesem nächtigen, wurde jedoch auf der Straße von zwei russischen Grenzoldaten angehalten und am nächstfolgenden Tage auf die Zollkammer, welche dem preußischen Dorfe Borawken gegenüber liegt, gebracht, demnächst aber nach der Zollkammer Filipovo geführt. Er wußte sich indessen in der Nähe dieser Kammer der Fesseln zu entledigen und erreichte laufend die preußische Grenze, während ihn die beiden russischen Grenzoldaten verfolgten und ihn auch in der Nähe des Mierunke Kirchhofes einholten. Von den letzteren gemäßhandelt, wurde der ic. Skrodki durch das Herbeilein mehrerer Menschen aus Mierunko von dem Zurücktransport nach Polen befreit und die Soldaten mußten mit Zurücklassung einiger Armaturstücke flüchten. Die stattgehabte Gebietsverletzung wird besonders untersucht und dabei auch festgestellt werden, ob der ic. Skrodki das ihm in Polen abgenommene Geld wieder zurückhalten wird.

**Tulda.** 21. April. Das hiesige Domkapitel hat sich, wie das „F. anf. Jour.“ vernimmt, den Demonstrationen mehrerer anderer preußischen Kapitel gegen die Gesetzesvorlage über die Verwaltung erledigter Bistümer bis jetzt nicht angeschlossen. Eine Veranlassung zu einem solchen Schritte liegt für unsre überhaupt nicht demonstrationstüchtige Oberbeamte auch gar nicht vor, da die Diözese gegenwärtig bereits erledigt ist und der Status quo wohl schwierig in der ersten Zeit weiter zu richten scheint. Sollte die Wahl eines anderen Bisiziums Vermischs demnächst wieder erfolgen, so wird sich solche ebenso rasch und geräuschlos vollziehen, wie die beiden vorigen. — Der von einer Anzahl Pfaffen-Brizone zum Schutze der Auswanderer kurzlich gegründete „Sct. Rochus-Verein“ läßt bereits viele wirkliche und Ehrenmitglieder in ganz Deutschland. Präsident ist der Fürst zu Henenburg-Birschen. Jedes Mitglied hat einen bestimmt Geldbeitrag zu leisten und täglich genau formulirte Gebete an die Jungfrau Maria und den Engel Raphael zu richten. Hauptziel des Vereins ist, die katholische Auswanderer der alleinstellenden Kirche zu erhalten.

**Meg.** 19. April. Eine Anzahl von Mitgliedern des Bezirkstages von Lothringen (Generalräthe) hatte sich wegen Erzielung von Anträgen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in den Reichslanden an den Abg. Abel gewendet, um diese Angelegenheit im Reichstage zu Sprache zu bringen. Herr Abel, einer der Protestpartei angehörigen

## Über Leichenverbrennung.

Seit kurzer Zeit ist wieder eine Frage zur öffentlichen Diskussion gestellt worden, die schon vor etwa zwanzig Jahren eine ziemlich lebhafte Bewegung hervorrief aber ungelöst blieb: die Frage der Leichenverbrennung. Die Anregung dazu ist von Italien und mittelbar von der Schweiz ausgegangen, woselbst man der Sache große Aufmerksamkeit und ernste Erörterung widmet. Auch in Deutschland zeigt sich reges Interesse; einzelne Städte, an der Spitze die Hauptstadt des deutschen Reiches, haben die Initiative zur Gründung von Leichenverbrennungs-Vereinen ergriffen. Die Bewegung scheint größere Dimensionen annehmen zu wollen und unter diesen Umständen wird es der Presse zur Pflicht, derselben näher zu treten.

In Zürich hat sich namentlich ein Beamter der Rentenanstalt, Wegmann-Erolani, um die Wiederaufnahme und Verbreitung der Idee verdient gemacht. Es ist dem eifrigsten Manne gelungen, eine Anzahl von Gelehrten dafür zu interessiren und schließlich mit deren Hilfe einen großen Verein zu begründen „zu dem Zwecke, die Leichenverbrennung an Stelle der Beerdigung einzuführen“. Herr Wegmann-Erolani hat nun eine kleine Schrift herausgegeben\*, welche als treffliche Zusammenstellung alles dessen betrachtet werden kann, was bis jetzt in einzelnen Aussägen und Brochüren in verschiedenen Ländern gegen die bisher übliche Bestattungsweise und für die Leichenverbrennung geschrieben worden ist. Die Schrift ist anspruchlos; sie will lediglich für die Verbrennung der Leichen als rationellste Bestattungsart wirken und ihr Freunde gewinnen. Wir legen sie den folgenden Ausführungen zu Grunde.

Das hauptsächlichste Moment, welches für die Leichenverbrennung angeführt wird, ist das Nützlichkeitsprinzip: die Todten sollen den Lebenden nicht schaden. Das Letztere geschieht aber gegenwärtig. Die verwesten Leichen vergiften Luft und Wasser. Ganz besonders ist das der Fall bei hoch und in der Nähe menschlicher Wohnungen befindlichen Kirchhöfen. In neuerer Zeit tritt noch ein Umstand von großer Bedeutung hinzu. Wenn die Kirchhöfe auch von den Städten entfernt angelegt werden — es dauert nicht lange, so hat sich die Stadt so ausgedehnt, daß der Kirchhof ganz in der Nähe liegt, wenn er nicht gar schon von Straßen umschlossen ist. Derartige Beispiele bietet z. B. Berlin bereits mehrfach. In solchen Fällen wächst die Gefahr für die Lebenden, so die in neuester Zeit so heftig und hartnäckig auftretenden Epidemien dürften zu nicht kleinen Theile diesem Umstande zuzuschreiben sein. Wem ist es entgangen, daß die Folge

\*) Ueber Leichenverbrennung als rationellste Bestattungsart. Eine Abhandlung dem gesuchten Missverständnis gewidmet von Wegmann-Erolani. Mit einem Titelblatt und einer Tafel Abbildungen. Zürich, Cäsar Schmidt (Schweizerische Buchhandlung). 1874.

eines Krieges gewöhnlich eine Epidemie ist, die von den Schlachtfeldern ihren Ausgang nimmt? Die Leichen machen uns unter solchen Umständen nicht geringe Sorge. Auch der größte Kirchhof wird nach kurzer Zeit zu klein und muß geschlossen werden, bis er nach einer bestimmten Reihe von Jahren umgegraben und aufs neue benutzt wird. Nun kommt es aber vor, daß der Kirchhofsboden die Verwesung der Leichen nicht befördert, sondern verhindert. In Zürich hat man jetzt die schauerliche Entdeckung gemacht, daß die seit 1819 im Kirchhof zur Promenade bestatteten Todten nicht verwest, sondern in Wachbildung übergegangen sind, so zwar, daß man die Blüte jedes Einzelnen ganz deutlich wiederkannte. Diese Wachsleichen entstehen nach den Ausführungen der Chemiker in einem Boden, der dem Sauerstoff nur schwer Zutritt gestattet und sie sind, dem chemischen Prozesse nach, der Umwandlung von Holz und Vegetabilien in Torf und Braunkohlen zu vergleichen. Das sog. Leichenwachs ist sehr beständig und leistet den Angriffen chemischer Kräfte energisch Widerstand.

Wie gefährlich Leichen sind, hat sich auf's eklatanteste im Mittelalter gezeigt, wo die Sitte bestand, die Todten in den Kirchen zu bestatten. Viele Konzilien erforderten zwar dagegen, aber die Päpste gestatteten immer wieder, Leute, welche bei Lebzeiten der Kirche Schenkungen gemacht hatten, in den Kirchen beizusetzen. Die Folge war, daß die heiligen Räume verpestet wurden und tödliche Fieber (Typhus u. s. w.) entstanden. Herr Wegmann-Erolani führt verschiedene Beispiele an, aber sie sind meist so grausiger Art, daß wir sie lieber übergehen. Wer sich dafür interessirt, mag sie auf Seite 21 und 22 nachlesen.

Kurz vorher schildert der Verfasser den Verwesungsprozeß einer Leiche — gleichfalls ein Punkt, der das ästhetische Gefühl aufs höchste verletzt. Die Geheimnisse des Grabes sind furchtlich; wir wissen es, aber gerade deshalb scheuen wir uns, sie näher kennen zu lernen. Der Mensch, aus 75 Prozent Wasser und 25 Prozent festen Theilen, d. i. Fleisch und Knochen bestehend, löst sich nach dem Tode vollkommen auf; er gibt der Luft in Form von Dampf das Wasser und die luftartigen Bestandtheile zurück und wird zu Erde oder Asche. Diese Auflösung ist im chemischen Sinne eine Verbrennung, d. h. eine langsame, ohne Flamme.

Unsere gegenwärtige Bestattungsart ist wahrscheinlich altägyptischen Ursprungs.?) Bekanntlich machte der Glaube der Ägypter die Fortdauer der Seele nach dem Tode von der Erhaltung der Leiche abhängt. Daher die Sitte der Einbalsamierung. Von Ägypten wurde die Bestattung durch Begräbnis wohl nach Palästina verplant; dort war sie vorzugsweise üblich, wenn auch, wie mehrere Bibelstellen beweisen, dann und wann die Verbrennung zur Anwendung kam. Von den Juden übernahmen die Christen die Begrabung und mit der Säigkeit, die allen kirchlichen oder kirchenverwandten Institutionen eigen

ist, hat sie sich bis auf die Gegenwart erhalten. Vielleicht haben die ersten Christen ihre Leichen geheim bestattet, um durch Verbrennen der selben kein Aufsehen zu erregen; vielleicht auch ordneten die Apostel und Kirchenväter die Einführung des Begräbnisses an, weil die Verbrennung ein heidnischer Gebrauch war. Heidnisch war er in der That: Kleinasiaten (Orientalen überhaupt) Römer, Griechen, Germanen u. s. w. übten ihn. Plinius leitet den Ursprung der Leichenverbrennung von dem Verlangen her, die Leichen der auf dem Schlachtfelde Gefallenen nicht dem Feinde zu überlassen. Häufiglich werden in jenen heidnischen Ländern für die allgemeine Verbrennung wohl Rücksicht auf die Gesundheit der Überlebenden entscheidend gewesen sein.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß für die Wiedereinführung der Leichenverbrennung in unserer Zeit Biele spricht. Es kommt zunächst darauf an, eine Methode zu finden, welche das berechtigte Gefühl der Überlebenden nicht verletzt und keinen übermäßigen Kostenaufwand verursacht. Darüber ist man sich klar, daß die einfache Art der Alten, die Verbrennung mittels Scheiterhaufen, für die Gegenwart ungeeignet erscheint, einmal der enormen Kosten wegen, sodann weil der Brandgeruch die Last auf weite Strecken erfüllt und endlich, weil es ganz vom Zufall abhängt, ob die Leiche auf dem Holzfloß vollständig verbrennt. Man hat daher auf Mittel und Wege gedacht, die Verbrennung auf andere Weise zu bewerkstelligen, und vorzüglich sind es italienische Gelehrte, welche nach dieser Seite hin Versuche ange stellt haben. Herr Wegmann-Erolani schildert drei verschiedene Systeme; das eine, vom Professor Polli in Mailand, wird durch der Brochure beigegebene Abbildungen erläutert.

Man stelle sich ein besonderes Gebäude vor, in dessen Mitte eine große altrömische Urne aus Steingut steht. Zu beiden Seiten derselben befinden sich künstlerisch geformte Säulen, welche eine Plattform tragen. Diese Urne umschließt den Verbrennungsapparat, einen Cylinder aus Eisenstäben, in welchen die Leiche von der Plattform aus eingelassen wird. Ein Deckel schließt hierauf die Urne. Die Verbrennung selbst geschieht durch Leuchtgas in ungereinigtem Zustande, welches durch ein Leitungsröhr in drei um den Cylinder in der Urne laufende durchlöcherte Ringe eingelassen wird. Der Apparat ist gewiß sinnreich konstruiert, selbstverständlich unter Berücksichtigung aller bei der Verbrennung ins Gewicht fallenden Umstände, und er soll die Leiche in kürzer Zeit bis auf ein Häuschen Asche reduzieren.

Dieses Verfahren, vorausegesetzt, daß es sich bewährt, würde das Gefühl nicht verletzen. Die Anghörigen könnten der Verbrennung beiwohnen, wenn ihnen daran liegt, und die zurück eibende Asche gleich darauf in einer Urne mit nach Hause nehmen. Weniger dürfte eine andere Weise ansprechen, welche denn doch gar zu sehr den Charakter eines physikalischen Experiments trägt. Professor Gorini, in Locarno will die Leichen mittels einer (bis jetzt geheim gehaltenen) Substanz verbrennen, welche durch eine außerst hohe Temperatur flüssig gemacht



Emil Palleske's statt, welche Shakespeare's "Coriolan" zum Gegenstande hatte. Das zahlreich versammelte Publikum lohnte den Rektor mit reichem Beifall. Morgen liest Palleske Shakespeare's "Wintermärchen" und am Donnerstag wird er im Saale des Adelsclubs zum Besten des deutschen Wohltätigkeitsvereins einen Vortrag halten.

### Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest. Fürst Karl von Rumänien hat aus Anlaß des Dahinscheidens seines einzigen Kindes, der Prinzessin Maria, nachstehendes Handschreiben an den Premier-Minister erlassen, durch welches er seiner Erkenntlichkeit für das ihm aus allen Theilen des Landes bezeugte Beileid in warmen Worten Ausdruck gibt:

Der Allmächtige hat unser einziges und zärtlich geliebtes Kind aus dieser Welt der Leiden erlöst. Wenn es irgendwie noch nötig gewesen wäre, uns von der Liebe des Landes zu überzeugen, dann hätte uns dieselbe nie in größerer Weise bewiesen werden können, als es während dieser traurigen Tage geschehen ist, an denen die aufrichtigen Beileidsbezeugungen aller uns wie ein Trost in unserem tiefen Wehe berührten. Unter derartigen Umständen fühle ich ein tieferes Bedürfnis, meinem Lande zu sagen, daß, wie es mich mit seiner Liebe in den schwierigsten Momenten meines Lebens unterstützt hat, ich ebenso bemüht sein werde, ihm das Gute, das es mir erwiesen, volllauf zu entgegen. Das liebste Andenken, welches unsere dahingehende Tochter uns wie ein theures Kleinod hinterläßt, ist ihre unbegrenzte Liebe zum Vaterlande, in dem sie geboren worden; eine so rege, daß sie in ihrem zarten Alter schon bei der ersten Entfernung ins Ausland Schluß nach ihrem Lande empfand. Die Religion unseres Kindes, die Sprache, die es redete, haben für uns eine neue Weise erhalten, indem uns von nun ein jedes rumänische Wort wie ein Nachklang jener Stimme berühren wird, welche wir auf Edens nun und nimmermehr hören werden. Berissen ist zwar in unserem engen Familientreß das zärtlichste Band, aber ein starkes verknüpft uns bleibend mit unserer großen Familie, dem rumänischen Volke, welches mit uns unser und sein Kind beweint. Eine heilige Pflicht ist es für die Fürstin sowohl wie für mich, jeden Einzelnen und Alten innergesammelt die innigste Erkenntlichkeit unserer tiefbetriebten Elternherzen auszudrücken, indem wir alle eruchen ihre Gebete mit den untrüglichen zu vereinen, auf daß der Allmächtige uns die Stärke und Geduld verleihe, denen wir bedürfen, um die Prüfung, die er uns aufgelegt, ertragen zu können.

Ostermontag, am 31. März (12. April) 1874.

Carol.

### Tagesübersicht.

Posen, 24. April.

Der Telegraph hat sich gestern mit der Nachricht über den Schluss des Reichstages überstürzt und deshalb eine Stunde später die erste Meldung, wonach der Reichstag schon am Sonnabend oder Sonntag geschlossen werden sollte widerrufen müssen. Die eingehenden Diskussionen, die dem ersten Paragraphen des Kirchendienergesetzes oder eigentlich der ganzen Kirchenpolitik von hinten und drüben gewidmet wurden, sind Schuld, daß der Reichstag noch bis Dienstag zusammenbleiben muß. Die geistige Debatte zeichnete sich durch den Umstand aus, daß, durch die bissigen Verdrehungen Windthorsts veranlaßt, drei kleinstaatliche Mitglieder des Bundesrates (Bayern, Baden, Hamburg) in die Debatte eingriffen. Am schlagendsten erwiderte der hanseatische Ministerpräsident Dr. Krüger, indem er dem Zentrum vorhielt, daß gerade im Kirchenstaate die Verbannung und Verstüttung aus politischen, kirchlichen und anderen Motiven ebenso grausam als häufig geübt wurde. Von 1859 – 1870 sind von der päpstlichen Regierung nicht weniger als 15.000 Römer außer Landes gewiesen worden. Der Abgeordnete Windthorst charakterisierte die Verbannung als eine jahobinische Maßregel, die nicht weit von der Guillotine entfernt liegt. Was wird nun die päpstliche Kurie zu solcher Schmähung sagen!

Über die weiteren Arbeiten des preußischen Abgeordnetenhauses, dessen Sitzungen am 27. d. M. wieder aufgenommen werden, läßt sich die nationalliberale "BAC." wie folgt aus:

Es herrscht die ernste Absicht, durch eine vorhergehende Verständigung zwischen den Parteien diejenigen Angelegenheiten von vorn herein zu bezeichnen, welche noch im Laufe der Session zur Erledigung gelangen können; es ist dabei als maßgebend erachtet worden, daß die Landtagssession spätestens mit dem 22. Mai (Freitag vor Pfingsten) geschlossen werden kann. Es würde sich also daraus ergeben, daß 6½ Monate für die Session des preußischen Abgeordnetenhauses und des deutschen Reichstags ausreichen, um die notwendigsten Angelegenheiten zum legislativen Abschluß zu bringen. Dass nicht alle Vorlagen und Anträge, welche im Laufe der Session eingebracht worden sind, zur Erledigung gelangen, ist eine Erfahrung, welche bisher noch in jeder Session gemacht worden ist, und es wird in Zukunft wohl auch nicht anders der Fall sein. Es wird immer eine Anzahl Gesetzesfragen geben, welche erst, nachdem sie ein oder mehrere Male die gesetzgebenden Körperschaften als Diskussionsthema beschäftigt haben, zum legislativen Abschluß gebracht zu werden vermögen; von der Diskussion solcher Fragen muß natürlich Abstand genommen werden, sobald die Session soweit vorgerückt ist, daß nur unter Zusammenhaltung der Zeit das sofort zur Erledigung zu bringende Material bewältigt werden kann; dieser Zeitpunkt ist für den preußischen Landtag aber jetzt eingetreten. Wenn man in Zukunft von vornherein mit dem ernsten Willen dazu ist erfüllt, – und dieser Wille ist jedenfalls entscheidend – so wird sich das Arbeitspensum für den deutschen Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus, wie für die übrigen Landtage der Einzelstaaten, im Laufe eines halben Jahres bewältigen lassen, und mithin das Jahr in eine den parlamentarischen Arbeiten gewidmete und eine davon frei bleibende Hälfte sich zu legen lassen. Tritt dann der deutsche Reichstag Ende September oder Anfang Oktober zu seiner ordentlichen Session zusammen, so kann er bis Weihnachten seine Arbeiten zu Ende führen, und die Zeit zwischen Weihnachten und Ostern steht dann den Landtagen der Einzelstaaten zur freien Verfügung. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Regierung ungen im Reichstag sowohl wie in den Einzelstaaten die Vorlagen für die gesetzgebenden Versammlungen rechtzeitig zum Abschluß bringen, so daß die Letzteren ohne Zeitverlust sofort nach ihrem Zusammentreffen an die Arbeit zu gehen vermögen. Hoffentlich wird es schon in diesem Jahr gelingen, zu einer solchen Regelung der parlamentarischen Thätigkeit im Reiche und in den Einzelstaaten zu gelangen.

In einer Berner Korrespondenz der "Baseler Grenzpost" werden in authentischer Weise die Unterredungen richtig gestellt, welche Herr v. Gonzenbach am 16. Februar d. J. mit dem Kardinal Antonelli und am folgenden Tage mit dem Papst in Rom hatte. Es erhellt daraus, daß die Kurie die Hoffnung nicht aufgegeben hat, ihre Rurikatur in der Schweiz wieder herzustellen und daß man im Bataillon tatsächlich an die Möglichkeit einer Intervention der Mächte in die im "Berner Jura" ausgebrochenen Konflikte auf Grund der Verträge von 1815 für möglich hielt. Es wird erinnerlich sein, daß zu Anfang dieses Jahres eine Agitation für die Intervention formell inszeniert worden war. Erst Herr v. Gonzenbach scheint den Papst wie den Kardinal in dieser Beziehung hinreichend aufgeklärt zu haben. Der Papst wie der Kardinal waren natürlich der Ansicht, daß die Schweiz in ihrem Verhalten gegen den ultramontanen Perus fremdem Drucke folge, was Herr v. Gonzenbach in beiden Unterredungen

entschieden zurückwies. Der Papst gedachte dabei auch des deutschen Reichskanzlers, wenn auch anders wie die deutsche ultramontane Presse, indem er, nach Mitteilung jenes Korrespondenten, welcher entweder Herr v. Gonzenbach selbst ist oder doch denselben sehr nahe steht, sagte: „Ja, Herr v. Bismarck ist ein großer Staatsmann, denn er hat große Erfolge davongetragen und Staatsmänner werden nur nach dem Erfolge berühmt. Er ist ein großer Mann, aber sicherlich kein Liberaler.“

Über die Schritte, welche der Papst aus Anlaß der Amtsenthebung des Grafen Ledochowski zur Paralysestruktur der demnächst von der Regierung in Vollzug zu bringenden Maßnahmen und zur Sicherstellung der kanonischen Verwaltung der Erzbischöflichen Gnesen und Posen thun wird, lesen wir in einer Korrespondenz aus Posen Folgendes:

„Zunächst erwartet man einen geharnischten päpstlichen Protest gegen den die Amtsenthebung des Erzbischofs aussprechenden Rechtespruch des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten, in welchem dieser Rechtespruch für null und nichtig und die durch denselben herbeigeführte Sedisvakanz für nicht bestehend erklärt wird. Als weiteren Schritt sieht man sodann der päpstlichen Verhängung des Missionszustandes über die ihres „rechtmäßigen“ Erzbischofs beruhende Erzbistüme und der gleichzeitigen Ernennung eines Missionsbischofs entgegen, der während der Zeit der Verhinderung des Erzbischofs Grafen Ledochowski die Diözesanverwaltung zu übernehmen und entweder innerhalb der Diözese oder vom Auslande aus zu führen hat. Der Missionszustand ist für die katholische Kirche dasselbe, was der Kriegszustand für den Staat ist und wird nach den Bestimmungen des kanonischen Rechts in solchen Diözesen eingeführt, in denen der „rechtmäßige“ Bischof an der Fortführung der Diözesanverwaltung faktisch gehindert ist.“

### Lokales und Provinzielles

Posen, 24. April.

Heute ist der Jahrestag der vor 8 Jahren erfolgten Ankunft unseres hochwürdigsten Erzbischofs. Wir erinnern alle daran und benutzen selbst diese Gelegenheit, um dem erhabenen Gefangenen in Ostrowo den Ausdruck unserer Erfurcht und Anhänglichkeit, wie die Versicherung unerschütterlicher Treue aufzuladen zu legen. So schreibt der heutige „Kurher Posen“: Zugleich finden wir im krakauer „Kroj“ eine posener Korrespondenz, in welcher es heißt:

„Unsere Nationalliberalen blicken mit Gleichgiltigkeit auf die Verfolgung der römischen Hierarchie und bedauern nur die Schläge, welche bei dieser Gelegenheit die nationale Sache erleidet. Der Erzbischof Graf Ledóbowicz stellte sich nämlich nach der Übernahme der Diözesanverwaltung so leicht auf Seite der Regierung und mißachtete und reiste sogar das polnische Nationalgesetz. Als er nun mit der Regierung in Konflikt geriet, nahm er schnell den liberalen Deckmantel um und wurde plötzlich ein eisriger Pole, aber die so schwer durch ihn getäuschten Polen wollen ihn nicht als Landsmann anerkennen, weil sie seinem persönlich angenommenen Polenbum nicht trauen. Die Anhänger des Erzbischofs aber, die augenblicklich noch auf dem kosmopolitischen Standpunkt ihres Ministers stehen, werden nach beendigtem Kirchenstreit wahrscheinlich in zwei Parteien zerfallen. Der eine streng ultramontan gesinnte Theil wird ins deutsch-ultramontane Lager übergehen, der andere Theil, in dem noch nicht alle nationalen Gefühle erloschen sind, wird sich der polnischen Nationalpartei wieder anschließen.“

Nach diesen und vielen ähnlichen Neuersungen polnischer Blätter glauben wir, daß die obige Erinnerung des „Kurher“ wenig Eindruck machen wird.

Das kgl. Konsistorium der Provinz Posen hat auf die Verhandlungen die Diözesankonvente von 1873 folgenden Generalbescheid erlassen:

„Für die vorjährigen Diözesankonvente hatten wir das Thema gestellt: Läßt sich die übernatürliche Erzeugung Jesu, auch abgesehen von den geschichtlichen Berichten bei Matthäus und Lukas, aus den heiligen Schriften des Neuen Testaments erweisen?“

Die eingegangenen Referate liefern den Beweis, daß die Bearbeitung des Themas nicht nur eingehende exegetische Studien hervorruhen hat, sondern die Verhandlungen in den Konventsversammlungen auch Beratungen geboten haben, die einschlagenden Partien der Christologie zu besprechen.

Was die Ergebnisse der Verhandlungen betrifft, so wurde auf den Konventen allgemein anerkannt, daß die übernatürliche Erzeugung des Herrn außer bei Matthäus und Lukas nirgends wo im Neuen Testamente direkt bezeugt sei; aber eben so einig war man darüber, daß dieselbe sowohl in dem Selbstzeugnis Christi als in der apostolischen Lehrverkündigung vorausgesetzt und indirekt ausgesprochen sei. Die zur Diskussion gestellten Thesen stimmen vielmehr dem Inhalt nach sämmtlich darin überein, daß insbesondere von Johannes und Paulus die Präexistenz des Logos, der Fleisch geworden, sowie die Gottheit Christi und die Menschwerdung des Sohnes Sohnes so positiv gelehrt werde, daß man von dieser Grundlage aus vollkommen berichtet sei, einen Rückslag auf die übernatürliche Erzeugung Jesu zu machen. Von mehreren Referenten wurde noch geltend gemacht, daß die Sündhaftigkeit Jesu zu demselben Rückslag nötige. Das Resultat der Verhandlung ist nicht nur seinem Inhalt nach erfreulich, sondern gewinnt auch noch durch die an Einheitlichkeit grenzende Majorität, mit der die Vota über die Lehrfrage abgegeben wurden, eine besondere Bedeutung; denn es ist doch konstatiert, daß nicht etwa einzelne Geistliche, sondern der Klerus der Provinz als solcher – denn auf den Diözesankonventen kommt ja jeder Diener des Evangeliums zu Wort – sich in der angeführten Weise über das Dogma der menschlich-vaterlosen Erzeugung Jesu, sowie über seine Gottheit ausgesprochen hat.

Als Proponendum für die diesjährige Diözesankonvente hat das kgl. Konsistorium folgendes interessante Thema aufgestellt: Der Missbrauch, der mit dem apostolischen Wort, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen, von verschiedenen Seiten gemacht wird, ist aufzuzeigen und der wahre Sinn dieses Gebotes, sowie die richtige Anwendung desselben darzulegen.

r. Am Berliner Thor stürzte Donnerstag Mittags ein hochbeladener Heuwagen um; die Passage wurde dadurch dermaßen gesperrt, daß auf Veranlassung der Polizei schleunigst ein Weg durch das Heu gebahnt werden mußte. Das Wiederaufladen auf den Wagen dauerte bis zum späteren Abend. – Ebenso brach am Samstagabend die Achse eines mit Eisenbahnschienen schwer beladenen Rollwagens, so daß auch hier ein Wiederaufladen erforderlich wurde und die Passage auf kurze Zeit abgeriegelt war.

— **Güter-Substationen.** In den nächsten Monaten kommen wiederum zwei bedeutendere, in polnischen Händen befindliche Güterkomplexe zur Substation, und zwar am 17. Juni das im Kr. Pleschen belegene Rittergut Czeczel mit einem Areal von 1123 Hectaren, den Gemolenski'schen Erben abtritt; am 2. September das dem Grafen Stanisław Łąński gehörige Rittergut Bucz mit einem Areal von 228 Hectaren.

— In Paris starb vor Kurzem der polnische Emigrant Sevrin Elchanowski. Dieselbe war während des letzten polnischen Aufstandes 1863–64 eines der thätigsten Mitglieder der polnischen Nationalregierung.

— Die Konfiskation der „Gazeta Toruńska“ wegen Abdrucks der Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. v. Dominiotki ist von der Staatsanwaltschaft in Thorn bestätigt worden.

r. Bei einer Fazzia in dem Glashaus am Gerberdamm wurden am Donnerstag sechs, und vor dem Berliner Thor drei Frauenzimmer verhaftet.

r. Für den Bau der Artillerie-Wagenhäuser zwischen der Al. Ritter- und der Wallstraße haben bereits die Schaffarbeiten begonnen. Die Verlängerung der Neuen Gartenstraße, an welche die Wagenhäuser angrenzen werden, soll bei dieser Gelegenheit eine andere Richtung erhalten.

r. Die Abundantia-Bilder werden am Sonnabend Abend von 7½–9 Uhr bei Gasbeleuchtung, welche die Farbenpracht noch mehr hervorhebt lässt, zu sehen sein.

r. Die polnischen Theatervorstellungen, welche seit dem 1. April d. J. nur im Stadttheater stattfinden, sind wegen mangelnden Besuchs bereits öfters ausfallen, so auch am Donnerstag.

r. In der St. Adalbertskirche fand am Donnerstag das

übliche Kirchenfest zu Ehren des St. Adalbert und außerdem die Feier

des 50jährigen Priesterjubiläums des dortigen Bischöfes Bazyński statt.

Der Jubilar wurde von seinen Freunden und Amtsbrüdern mit einer

Erinnerungsschrift „Warta“, einem goldenen Kranz und einem goldenen Bumenstrauß beschenkt.

r. Vor dem alten Bahnhof fand auf dem freien Platz am Donnerstag die Vorstellung jährlicher Kompanien des 2. Bat. des 37. Inf.-Regts. statt. Anwesend waren unter Anderen der kommandirende General, v. Kirchbach, der Gouverneur von Posen, Freiherr v. Branca, und der Divisions-General v. Schmidt.

— Ein Korrespondent des „Kurher Posen“ theilt mit großer Entrüstung die Thatache mit, daß ein älterer Pfarrer, um nicht mit den Magistraten in Konflikt zu kommen, einem jetzt neu in Gniezen angeworbenen Kapopresbyter nicht gestatten wollte, in seiner Kirche die erste Messe zu lesen.

Polizeibericht. Gefunden: 4 Porzellan-Loose, 2 Portemonnaies mit Inhalt, ein silberner Esslöffel, ein Maulkorb mit einer Steuermarke und ein Paar Knabenholzenträger — Verloren: ein Polizei-Riegel aus Kristallstein mit goldenem Bügel. — Zugelaufen: ein kleiner brauner Hund.

— **Schröda.** 22. April. [Reklamationen. Nachtwächter.] Gewöhnlich waren in den Vorjahren 3–400 Klassesteuer-Reklamationen bei dem Landratsamt jährlich, in diesem Jahre sind aber 950 desgleichen Ermäßigungsgefälle eingegangen. Man sucht die Ursache dieser Vorstellungen in dem neuen Klassesteuer-Gesetze vom 25. Mai 1873. — In vielen Ortschaften des hiesigen Kreises – selbst in den sogenannten geschlossenen Dörfern – sind keine Nachtwächter angestellt, die Kreishörde hat dekretiert, daß in allen größeren Gemeinden Nachtwächter auf Grund ordnungsmäßiger Verträge angestellt und förmlich verpflichtet werden sollen.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* In dem vielbesprochenen Kourse Göbel & Löwe zu Berlin war am 22. d. M. auf dem Berliner Platz der erste Prüfungstermin anberaumt. Es hatten sich eine große Anzahl von Gläubigern eingefunden. Die Prüfung der zur Anmeldung gelangten Forderungen dauerte über vier Stunden, wobei zu erwähnen ist, daß mehrere Gläubiger den Saal verließen, ohne ihre Anmeldung zu bewirken, da sie die anderweitige Prüfung nicht abwarten wollten. Nach der bis jetzt gewonnenen Übersicht belaufen sich die Aktiva auf 129.420 Thlr. 26 Sar. 8 Pf., die Passiva auf 610.889 Thlr. 16 Sar. 9 Pf., und steht eine Dividende von ca. 18½ eventuell 12½ Pf. in Aussicht. Die Masse soll durch Fortsetzung des Kaufs des Waarentackers realisiert werden. Akkordvorschläge wurden nicht gemacht.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

### Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen

Berlin, 24. April. Der Kaiser bestätigte heute im potsdamer Lustgarten das erste Garde-Regiment, schritt zu Fuß die Fronten aller Bataillone ab und verweilte zwei Stunden im Freien.

Berlin, 24. April. Der Reichstag genehmigte heut in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Erwerbung eines Dienstgebäudes für das Reichseisenbahnamt und setzte alsdann die zweite Lesung des Kirchendienergesetzes fort. § 2 wurde mit dem Amendment M. her angenommen. Zu § 3 sprach der Abg. Schüttiner (Zentrum) Namens 32 „mit katholischem Bewußtsein gewählter“ bairischer Abgeordneten gegen das Gesetz. Der bairische Bundeskommisar Niedel führt aus, daß durch das Gesetz in keiner Weise den bairischen Abgeordneten zu nahe getreten werde. Batern werde sich durch solche Angriffe nicht abhalten lassen, dem Reiche zu geben was des Reiches ist. (Vorbericht Weißf.)

Berlin, 24. April. Im Fortgang der Sitzung nahm der Reichstag in zweiter Lesung die noch übrigen §§ des Kirchendienergesetzes in der von Meyer (Thorn) vorgeschlagenen Fassung an. In dritter Lesung des Preßgesetzes empfahl der Abg. Marquardsen die von der früheren Preßgesetzkommission vereinbarten Amendements, mit welcher, so wie mit dem Schwarzeschen Antrage, betreffend den Bevall des früheren Kommissionsantrags über die Aufhebung des Zeugnisszwangs an Redakteure, Präsident Delbrück sich Namens des Bundesrathes einverstanden erklärte. Die §§ 1–24 werden hierauf nach den vereinbarten neuen Amendements in der Spezialdebatte angenommen. Fortsetzung der Debatten morgen.

Wien, 24. April. Das Herrenhaus nahm in der Spezialdebatte den Regierungsentwurf betreffs der Bedeckung der Bedürfnisse für den katholischen Kultus in der Fassung des Ausschusses an. Bezüglich des ersten konstitutionellen Gesetzes ist zwischen dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus nunmehr ein konformer Beschluss erzielt worden.

Bpest, 24. April. Im Abgeordnetenhaus interpellierte Grani den Ministerpräsidenten, ob die vom „Tempo“ veröffentlichte Depesche authentisch sei und ob er den authentischen Wortlaut in der Depesche erwähnten Konvention zwischen Frankreich und Österreich-Ungarn vorlegen wolle.

Bern, 24. April. In Folge von vorgekommenen Ruhestörungen seitens der Ultramontanen, wurde Birsig (im Jura) militärisch okkupiert.

Madrid, 24. April. Die Carlisten sollen alle Gefangenen freigegeben haben. Die Nachricht von der Verhaftung von Carlisten in Madrid ist unbegründet.

London, 24. April. Das Unterhaus nahm sämtliche Budgetpositionen an.

Die Ziehung der Lotterie zum Besten der Kön

April 1874. See- und Soolbad Colberg. So muß von nun an in den geographischen Handbüchern unser Colberg gemeint werden, nicht mehr Festung, berühmt durch so und so viel ruhmvolle Belagerungen, berühmt durch Greifenhau, Nettelbeck u. c. Colberg ist seit einem Jahre durch Reichsbesitz als Festung gefallen, die Wälle werden geschrägt, die nassen Gruben zugeschüttet und — was die Hauptfahne für das jetzt schon als Weltbad geltende Colberg ist — die leidigen Ratten-Gesetze sind ebenfalls gefallen. Nunmehr ist kein Hindernis vorhanden, massive Gebäude außerhalb der Wälle, nach jeder Richtung hin, mit Keller, Türräumen u. c. versehen, am Strand aufzubauen und so mehrfach komfortable Bade-Wohnungen einzurichten. Der Herr französische Admiral Villamore hatte 1870, als er im August dieses Jahres mit seiner Flotte in Schlachtordnung vor unserem Strand erreichen, nicht so ganz Unrecht, daß er, als Entschuldigung, warum er nicht, wie ihm befohlen Colberg bombardirt habe, seiner Regierung meldete: Colberg sei das Trouville der Ostsee (verba ipsius).

## Bekanntmachung.

Die notwendige Subhastation des Rydloch'schen Grundstücks Nr. 47 A.B. zu Wininary ist aufgehoben.

Posen, den 18. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Der Subhastations-Richter.

Kehl.

## Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 1491 die Firma Michaelis & K. Kas, Ort der Niederlassung Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Michaelis Abraham Kas zu Posen, zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, den 18. April 1874.

## Königliches Kreisgericht

Zu dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Otto Galow zu Nakel haben verschiedene Gläubiger nachträglich Forderungen angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderungen ist

auf den 19. Mai c.

Vormittags 11 Uhr, in unserem Gerichtslokal, Terminkammer Nr. 11, vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angezeigt haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Wriezen, den 31. März 1874.

Königliches Kreis-Gericht I. Der Subhastations-Richter.

## Bekanntmachung.

Der Graf Alexander von Mieczynski zu Pawlowo hat in seinem am 16. December 1869 publicirten Testamente bestimmt, daß die Vermundshaft über seinen am 31. Januar 1852 geborenen Sohn Bladislaus bis zu seinem vollendeten 26. Lebensjahr fortgesetzt werde. Dies wird hiermit auf Grund der Vorschrift im § 704 Tit. 18 Theil II des Allgemeinen Land-Rechts zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Wongrowiec, 18. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Neichel.

## Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist zufolge Verfügung vom 22. April 1874 eingetragen:

Nr. 106. Kaufmann Adolph Levin als Inhaber der Firma Adolph Levin in Rogowo und der Zweigniederlassung in Tonow und Swiatlowo.

Wongrowiec, den 23. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Abtheilung I.

## Bekanntmachung.

Der über den Nachlaß der in Buc verstorbenen Witwe Diene Krone eröffnete Konkurs ist durch Vertheilung der Masse beendet.

Grätz, den 17. April 1874.

## Königliches Kreisgericht.

Der Konkurs-Kommissar.

## Bekanntmachung.

Im dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns L. Boguslawski zu Buc hat Hermann Hannack zu Eissa nachträglich eine ausgeschlagte Forderung von 17 Thlr. 10 Sgr. 7 Pf. und Woldemar Bauer zu Gr. Glogau eine Warenforderung von 7 Thlr. 21 Sgr. ohne Beaufsichtigung eines Rechtes angemeldet.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderungen ist

auf den 30. April c.

Vormittags 11 Uhr, hier selbst, Terminkammer Nr. 8, vor dem Kommissar angesetzt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Grätz, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Die Kohlenpreise auf der fiscalischen Steinkohlengrube Königshütte O.-Sch. betragen vom 26. April d. ab bis auf Weiteres:

Für 50 Kilogramm oder einen Centner Loco Königshütte franco Waggon resp. Verladeplatz:

Stückkohlen . . . . . 7 Sgr. — Pf.

Würfekohlen . . . . . 7 " — "

Rußkohlen, doppelt gefüllte Förderkohlen (Gew. menge aus allen Kohlenarten) . . . . . 5 " 9 "

Kleinkohlen . . . . . 3 " 3 "

Gruschkohlen, ungesiebte Staubkohlen . . . . . 2 " 3 "

Königshütte, den 20. April 1874.

## Königl. Berginspektion.

## Notwendiger Verkauf.

Das in der Ortschaft Szamarzow belegene, im Grundbuche von Dabrowo Vorwerk Band 2/53 Blatt 673 353 seq. auf den Namen des Carl Gühloff eingetragene Vorwerk Dabrowo, welches mit einem Flächen-Inhalte von 181 Hektaren 77 Aren 30 Quadratmeter der Grundsteuer untersteht und mit einem Grundsteuer-Kreissteuere von 417,00 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 88 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der notwendigen Subhastation am 25. Juni 1874,

Vormittags 11 Uhr, im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Aufschlags wird gleich nach Schluß des Bietungstermins im Geschäftskontor des unterzeichneten Gerichts öffentlich verkündet werden.

Wriezen, den 31. März 1874.

## Königliches Kreis-Gericht I.

## Der Subhastations-Richter.

## Bekanntmachung.

Der Graf Alexander von Mieczynski zu Pawlowo hat in seinem am 16. December 1869 publicirten Testamente bestimmt, daß die Vermundshaft über seinen am 31. Januar 1852 geborenen Sohn Bladislaus bis zu seinem vollendeten 26. Lebensjahr fortgesetzt werde. Dies wird hiermit auf Grund der Vorschrift im § 704 Tit. 18 Theil II des Allgemeinen Land-Rechts zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Wongrowiec, 18. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

II. Abtheilung.

## Bekanntmachung.

Zu verkaufen aus freier Hand

das Rittergut Mielzyn (Poststat.), Kreis Gniezno, entfernt vom Gniezno Bahnhof 3 Meilen, vom Bahnhof Wriezen (neu gebaut) 1½ Meilen. — Areal 2000 Morgen, darunter 100 Morgen zweischnittige Wiesen. — Gebäude in gutem Zustande, todtes und lebendes Inventar. Komplett einzuzahlen ca.

50.000 Thaler.

## Grundstück-verkauf!

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.

Kosten, den 22. April 1874.

## Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses.

## Bekanntmachung.

Ein 2stöckiges Wohnhaus, verbunden mit Conditorei, Weinhandlung und Restauration in der Kreisstadt Kosten, Provinz Posen, an der Bahn gelegen, bei Todessfallen halber zu verkaufen. Unterhändler verbieten. Off. unter Chiffre J. K. 100 poste rest.</p

**Zur Anfertigung**  
von Hochzeits-Carmen und Gelegenheits-Gedichten empfiehlt sich  
**Nalwina Warschauer,**  
Markt 74.

**Drainage** übernimmt noch vom  
Juni d. J. ab und führt  
rach und prompt aus, der Draintechniker  
**D. Heyn**  
in Modze, Post Stenszwo.

**Fundament-, Pflaster- u. Chausseesteine** sind zu verkauf in Micha-

low.  
von Jezewski.

**Landwirthschaftliches.**  
Blumen- und Gemüse-Samen,  
Gras- und Kleesaaten,  
et c. empfiehlt billigst!  
die landwirthschaftliche  
Saamenhandlung von  
**Ludwig Auerbach,**  
Breitestraße 10.

Verzeichnisse stehen gratis  
zu Diensten.

Dom. Plizice p. Kiszkow  
verkauft:

8 Ctr. roth. Klee, 8 Ctr.  
engl. Raygrass-Saatgut,  
14 Böcke, 100 Mutterschafe,  
40 Hammel, reichwollig,  
Bolsdeb. Abst. zur Bucht.  
Abnahme n. d. Schur.  
1 Mastborg, fernfett.



**Bock - Verkauf.**  
Starke 1- u. 2jährige Böcke, zeitge-  
mäßer Rüchtung u. wollreich, verkauft das  
Dom. Wroclaw bei Rosteknica zu  
mäßigen Preisen. Für Impotenz und  
Dreher wird Garantie geleistet.

120 Hammel  
10 St. Kühe } gemästet,  
u. Ochsen } verkauft



Dom. Wronczyn  
bei Pudewitz.



Auf dem Dom. Charcio  
bei Bronke stehen  
**200 Mutterschafe**  
zum Verkauf, nach der Schur  
abzunehmen, können aber jetzt  
in der Wolle besichtigt werden.

Seegras, Werg und Rosshaare emp-  
fiehlt Isidor Appel. Bergstraße.

**Mvis.**  
Zwei neue feuerfeste und diebes-  
fichere Geldschränke neuester Kon-  
struktion, von mir selbst gefertigt,  
verkaufe ich zu soliden Preisen.  
Sede Art Schlosserarbeit führe ich  
auf's Prompteste aus.  
**O. Wersc.**  
Kozmin. Kunstschlosser.

**Ein Mahagoni-Flügel**  
ist für 80 Thlr. zu verkaufen  
Wilhelmsstr. Nr. 16 B. 1. Etage.  
Ein Flügel neuer Konstruktion ist  
Markt 64 zu verkaufen.

**Leder- Gummi- Hanf- Riemen**  
empfiehlt  
**Otto Heinicke,**  
Handlung für Maschinen-  
Bedarfs-Artikel,  
Bromberg, Bahnhofstr. 53.

**Hof - Chokoladen- Fabrik**  
von Brüder Stollwerck  
in Köln übernahm den Verkauf  
ihrer vorzüglichen Fabrikate in  
Posen den Herren A. Kun-  
kel jun., Brüder Kreyn,  
Cichowicz Nachfolger,  
L. Kletschoff jun. und S.  
Kantorowicz jun.



## Adler-Linie.

Deutsche Transatlantische Dampf-  
schiffahrts-Gesellschaft in Hamburg.  
Von

## Hamburg nach New-York

werden direct, ohne Zwischenhäfen anzulaufen, expediert die eisernen  
deutschen 3600 Tons großen und 3000 effective Pferdekraft starken Schrauben-  
Dampfschiffe:

Herder am 30. April | Goethe am 14. Mai | Lessing am 28. Mai.

Passagepreise: I. Cajute Pr. Thlr. 165, II. Cajute Pr. Thlr. 100.

## Zwischendes Pr. Thlr. 45.

Ausf. weg. Fracht u. Passage erh. Die Direction in Hamburg, b. St. Ammen 4,  
sowie deren Agenten:

in Posen, V. Wollenberg, in Posen, Joseph Fränkel,

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe adr. man: "Adler-Linie, Hamburg", Telegr. "Transatlantic Hamburg."

## National-Dampfschiffs-Compagnie.

Nach Amerika Hull-Liverpool. Jeden Mittwoch

## 40 Thaler mit vollständiger Be- köstigung.

C. Messing, Berlin, Französische Straße 28.  
C. Messing, Stettin, Grüne Schanze 1a.

## Deutsche Roman-Zeitung.

2. Quartal 1874. Preis 1½ Thlr.

Zu beziehen durch Post und Buchhandlungen.

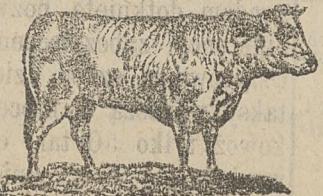
Inhalt! Benedikt von Fanny Lewald, Samarow, Todes-

gruss der Legionen.

Verlag v. O. Janke in Berlin, Anhalt-Str. 11.

**Geschliffene Glaswaaren,**  
namentlich alle Sorten Wasser-, Wein-, Liqueur- und  
Biergläser liefert in feiner weißer Qualität, zu sehr bil-  
ligen Preisen den Herren Wiederverkäufern die Fabrik

## Amalienhütte per Kandrin 0.-S.



Dom. Woynitz bei Alt-Boyen verkauft 2 sprung-  
fähige Bullen der Angler und 2 sprungfähige Eber  
der Yorkshire-Race. — Zu Johanni d. J. hat dasselbe  
Eber- und Sauerkel derselben Race abzugeben.

**Papierstoff - Fabrikation**  
aus Holz auf chemischem  
Wege.

Alle Holzarten, sowie Holzabfälle und Sägespäne finden durch diesen  
noch wenig ausgebauten und sehr lucrativen Industriezweig die vortheil-  
hafteste Verwertung. Sämtliche dazu gehörige Maschinen werden  
von Drevell & Rosenhain, Specialbureau für Cellulosefabrikation in  
Berlin S. O., Michaelkirchstraße 13, unter Garantie geliefert und be-  
triebsfähig übergeben.

Die Befestigung einer größeren Anlage, welche sich bereits seit längerer  
Zeit in erfolgreichen Betriebe befindet, kann gestattet werden. Proben von  
Fabrikaten stehen zur Verfügung.

## LOTTERIE

zum Besten einer Erziehungs-Anstalt für verwahrloste Kinder in Königsberg.  
Wegen Veranstaltung einer Ausstellung der 4000 Gewinne im Mos-  
kowiter-Saal des hiesigen Königl. Schlosses, zu welcher von Sr. Majestät  
unserm Kaiser der Moskowiter-Saal baldrechst ermäßigt worden ist, wird  
dieziehung erst Donnerstag den 11. Juni, Morgens 6 Uhr, im Saale  
des Schützenhauses beginnen.

Im Auftrage des Comités  
der Vorsitzende von Pilgrim.

## Wichtig für Frauen.

Ein ganz sicher wirkendes Mittel ge-  
gen den weißen Fluß wird verabreicht  
durch Frau

**Henriette Zeh,**  
zu Großdorff bei Birnbaum.  
Hunderte sind schon geheilt. Preis 2  
Fl. 1 Thlr. 20 Sgr.

## Brief an den Verleger

"Zehn Jahre litt ich an Schwäche-  
zuständen, kein Arzt konnte mir  
helfen. Ohne Ihr Buch wäre ich  
nicht mehr am Leben, Tod durch  
Selbstmord wäre mir Wohlthat ge-  
wesen. Gott mag Ihnen vergelten,  
denn durch Sie wurde ich in sieben  
Wochen von zehnjähriger Impotenz  
geheilt." O. B. 22.

Das hier erwähnte Buch ist das  
berühmte Original-Meisterwerk  
"Der Jugendspiegel". Für 17 Sgr.  
in Franco-Couvert von W. Bern-  
hardi in Berlin, SW, Si-  
monstrasse 2 zu beziehen.

Friedrichstr. 10 ist v. 1. Okt.  
eine Wohnung v. 5 Zimm., Korridor,  
Küche u. Zub., mit Gas- u. Wasser-  
leitung, ferner ein großer, trockener  
Vagerkeller (gegenw. Weinme-  
derlage) zu verm. Näh. das. 2 Tr.

Die gemeinschaftliche Benutzung einer  
sehr vortheilhaft gelegenen möblirten  
Wohnung ist sof. oder zum 1. Mai an  
einzelnen Herrn zu vermieten. Näheres  
in der Exp. d. Z.

## Loose

zur Königsberger Pferde-  
Lotterie. Ziehung d. 20. Mai c.

## Preis 1 Thlr.

zur Schleisschen Pferde-  
Lotterie. Ziehung d. 5. Juni c.

## Preis 1 Thlr.

find in der Exp. der Posener  
Zetzung zu haben.

Bei Abnahme von 20 Loosen wird ein  
Freilos bewilligt.

Auswärtige wollen ges. 1 Sgr. Rück-  
porto fügen.

Lotterie-Loose à 21 Thlr. (Orig.),

½ 9 Thlr. à 4½ Thlr. 1½ Thlr.

v. 2. G. Dzanki, Berlin, Samowitzbr. 2.

Preuß. Lotterieloosse

4. Kl. in Orig. u. Anth. Sch. à 19

Thlr. à 9 Thlr. à 4½ Thlr. 1½ Thlr.

1. Thlr. verl. das Erste und Letzte

Lotterie-Compt. Preußens von

Schreck, Berlin, Breitestraße 10.

## Bremer

Ausstellungsloose.

Zur Verloosung sind bestimmt:

Reichsmark.

1 Hauptgew.	Werlh.	30,000
1 do.	:	15,000
1 do.	:	10,000
1 do.	:	6,000
1 do.	:	5,000
1 do.	:	4,000
2 do.	:	à 3,000
5 do.	:	2,000
40 do.	:	1,000

sowie 4000 diverse Gewinne.

Obige Hauptgewinne werden den  
Verloosungsbestimmungen gemäß auch  
in Baar ausgezahlt.

## Loose à 1 Thlr.

sind zu beziehen durch das Bureau  
der internationalen Landw.

Ausstellung zu Bremen.

Zwei gut möbl. Zimmer,  
vornheraus, sind Mühlens-  
straße 34, Thüreingang, im  
3. Stock, vom 1. f. Mts. zu  
vermieten. Näheres daselbst  
rechts.

## Ein Lokal

zur Waaren-Handlung  
wird vom 1. Oktbr. oder  
früher gesucht. Näheres  
Gastmir Neumann,  
Schulstraße Nr. 4.

## Neuer Markt 16.

Geschäfts-Lokale, ganz neu einge-  
richtet, sofort zu vermieten. Näh.  
beim H. Truskowski, Orga-  
nisten der Pfarrkirche.

Friedrichstraße 11 ist die Hälfte der  
Bel-Etage bestehend aus 4 Zimmern,  
Küche und Zubehör vom 1. Oktober c.  
für 350 Thaler zu vermieten. Näh-  
eres ebendaselbst.

## Ein Laden

mit Wohnung, ist Berlinstraße 32  
vom 1. Oktober ab zu vermieten.

Für den Seitens des Posener  
Landwehr-Vereins gepachteten Gar-  
ten am alten Bahnhofe wird ein  
tüchtiger cautious-fähiger

## Restaurateur

gesucht. Schriftliche Meldungen sind schle-  
nigst an den Polizei-Direktor  
Standt hier selbst zu richten.

## Ein unverheiratheter deutscher

Inspektor,

der poln. Sprache mächtig, mit guten  
Zeugnissen, findet zum 1. Juli c.  
bei 150 Thlr. festem Gehalt und freier  
Station, Stellung.

Sroczyń bei Pudewitz.

## Windell.

Ein erfahrener Brenner  
findet in einer großen Dampfbrennerei  
im Kreise Kosten zur neuen Brenn-  
Periode gute Stellung. Anerbietungen  
unter A. B. 4 in der Exped. d. Posener  
Zeitung.

## 1 Mädchen,

welches mit den Haararbeiten bewandert  
ist, findet Engagement in dem Friseur-  
Geschäft von

## L. Sorauer,

Markt 71.

Giecherei Nr. 10 ist vom 1. Mai eine

Stube nebst Küche zu vermieten.

Einen unverheiratheten zweiten

Wirthschafts-

Beamten

sucht zum sofortigen Antritt oder zum

1. Juli das Dom. Gnusyn bei

Kikowo.

Dominium Blotnicki bei Gonzawa

sucht vom 1. Juli einen der polnischen

Sprache mächtigen

Wirthschafts-

Beamten.

Gehalt